

LEITMOTIVE DER GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFT

(Einführung in "Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie")¹

Die in dem Band "Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie" zusammengefassten Essays behandeln zwei auf den ersten Blick sehr disparate Fragenkomplexe. Sie behandeln zum einen die Frage, wie der Staat funktioniert, und zum anderen die Frage, warum die wissenschaftliche Ökonomie versagt. Auf beide Fragen, so verschiedenartig sie sind, wollen sie ungewohnte Antworten geben.

Wie der Staat funktioniert, ist natürlich die bei weitem wichtigere dieser Fragen, und ihr gebührt daher entsprechend mehr Raum und mehr Aufmerksamkeit. Trotzdem wird in den Essays dieses Buches an erster Stelle dem Elend der Ökonomie nachgegangen. Aus dessen Darstellung ergeben sich bereits wichtige Hinweise darauf, inwiefern die beiden so unterschiedlichen Themenbereiche miteinander zu tun haben und warum sie zusammengebracht wurden. Der Zusammenhang besteht darin, daß auf die Frage, wie der Staat funktioniert, unter anderem deswegen so unbefriedigende Antworten vorliegen, weil die Ökonomie hierzu nicht den ihr gebührenden Beitrag geleistet hat. Daß die wissenschaftliche Ökonomie sich in einem unbefriedigenden Zustand befindet, ist daher ein Sachverhalt, der nicht nur wissenschaftliche Ökonomen angeht. Er geht auch und gerade die wissen-

¹ "Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie" (Erste Fassung Darmstadt 1995) enthält die folgende Essays, die in überarbeiteter Form im reformforum-neopolis verfügbar sind:

Vorwort: Leitmotive der Gesellschaftswissenschaft

- Das Elend der Ökonomie
- Wissenschaft, Wettbewerb und Demokratie
- Die ökonomische Logik der Interdisziplinarität
- Die Logik der Umverteilung
- Die Logik der Staatsorganisation
- Die Logik der Bürgerbeteiligung
- Die Logik der Ordnungspolitik
- Die Logik der Eigentumpolitik
- Die Logik der zwischenstaatlichen Beziehungen
- Die Logik des politischen Wettbewerbs
- Die Logik der Finanzpolitik
- Die Logik des Bürgergeldes
- Die Logik der Geldpolitik
- Die Logik der Gesellschaftswissenschaften

schaftlichen Nachbardisziplinen an und darüber hinaus die politische Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit ist vom Zustand der wissenschaftlichen Ökonomie in zweierlei Hinsicht berührt. Zum einen ist sie von den Folgen einer konzeptionslosen Wirtschaftspolitik betroffen, die in der zuständigen Fachwissenschaft keine verlässliche Stütze mehr sieht. Hohe Arbeitslosigkeit, ungelöste Verteilungsprobleme und die immer noch mangelhafte Integration ökologischer und ökonomischer Problemlösungen stehen unmittelbar mit den Unzulänglichkeiten der ökonomischen Analyse in Zusammenhang.

Wenn eine Wissenschaft wie die Ökonomie nicht den erwarteten Nutzen für die politische Praxis stiftet, wirft dies zum anderen auch ernste wissenschaftspolitische Fragen auf. Es läßt daran zweifeln, ob die institutionellen Strukturen, in denen die betreffende Wissenschaft und die zugehörige wissenschaftliche Politikberatung betrieben werden, unter den zeitgenössischen Bedingungen noch taugen. Taugen sie nicht, dann ist mit besseren wissenschaftlichen Inhalten und mit nützlicherer Politikberatung erst nach Schaffung neuer Rahmenbedingungen für den betreffenden Wissenschaftsbetrieb zu rechnen. Dann ist die Wissenschaftspolitik gefordert, entsprechend reformierte Wissenschaftsinstitutionen zu schaffen.

In den Essays dieses Buches soll das Ungenügen der zeitgenössischen Ökonomie in diesen beiden Dimension, der inhaltlich-theoretischen und der wissenschaftspolitisch-institutionellen ausgeleuchtet werden. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit den Mängeln herkömmlicher Theorien, während auf die Mängel der institutionellen Bedingungen cursorischer eingegangen wird. In beiderlei Hinsicht wird aber deutlich, wie stark auch die Nachbardisziplinen von der Schwäche der Ökonomie berührt sind. Sie sind in der wissenschaftspolitischen Dimension berührt, weil ihre institutionellen Strukturen denen der ökonomischen Disziplin zumindest sehr ähnlich sind. Vor allem sind sie aber in den wissenschaftlichen Inhalten berührt, weil die Ökonomie ihrer Lieferpflicht an den theoretischen Berührungspunkten zu den anderen Gesellschaftswissenschaften nur sehr unvollständig nachgekommen ist. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß auch die Nachbarwissenschaften vor vielen praktischen Problemen moderner Gesellschaften mit ziemlich leeren Händen dastehen.

Die theoretischen Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Ökonomie stehen in engem Zusammenhang mit den praktizierten Methoden der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung. Zum einen ist unter diesen Methoden die Detailbeobachtung des praktischen Wirtschaftsgeschehens unterrepräsentiert, und zum anderen mangelt es an methodischen und inhaltlichen Brückenschlägen zu wissenschaftlichen Nachbardisziplinen. Nur mit Hilfe früher vernachlässigter methodischer Ansätze lassen sich aber theoretische Aussagen gewinnen, die realitätsnäher und zugleich besser in konkrete politische Handlungsempfehlungen umsetzbar sind. Einige so gewonnene Aussagen finden sich in den nachfolgenden Essays zur Logik der Politik. Diese Aussagen sind Bestandteile einer zusammenhängenden - z.T. schon in früheren Veröffentlichungen vorgestellten - politischen und ökonomischen Gesellschaftstheorie, die hier aus den unterschiedlichen Perspektiven einzelner Politikbereiche dargestellt und dabei in wesentlichen Punkten erweitert wird.

Für die Richtigkeit dieser Aussagen - und damit die Nützlichkeit der angewendeten Methode - lassen sich als Beleg drei hieraus abgeleitete zutreffende Prognosen zu bedeutenden gesellschaftlichen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit anführen. Die erste dieser Prognosen war, daß die hohe Arbeitslosigkeit der achtziger Jahre sich in den hoch entwickelten Sozialstaaten mit deren herkömmlichen Mitteln kaum würde verringern lassen und daß zugleich die gesellschaftlichen Einkommensdiskrepanzen weiter zunehmen würden. Eine zweite Prognose besagte, daß die postsozialistischen Staaten über viele Jahre von einer noch höheren Arbeitslosigkeit und einem entsprechenden wirtschaftlichen Einbruch heimgesucht würden, wenn sie dem Ratschlag zur schnellen Übernahme der westlichen Sozialstaatskonzeption zu folgen versuchten. Die dritte Prognose lautete, die Wirtschaftspolitik der deutschen Wiedervereinigung werde im Kollaps der ostdeutschen Industrie und einer bedrohlichen Belastung der gesamten Staatsfinanzen enden. (Zu diesen Prognosen s. u.a. "Die Grenzen des Arbeitsmarktes", Marburg 1991, "Der lange Abschied vom Sozialismus", Frankfurt 1990, und "Das Fiasko im Osten", Marburg 1991.)

Diese Voraussagen haben sich als korrekt erwiesen, gerade weil sie zu den herrschenden wissenschaftlichen Meinungen in Widerspruch standen. Auch für die weitergehende, auf ähnliche Weise gewonnene Prognose, die Institutionen der herkömmlichen Demokratie würden den aufkommenden Anforderungen langfristig nicht gewachsen sein, so daß Bedarf nach neuen

demokratischen Staatsformen entstehen werde, haben sich die beweiskräftigen Indizien gemehrt. (S. hierzu "Der Staat auf Bewährung", 1993, "Die Katastrophen der Demokratie", 1992, und "Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat", 1992.)

Damit sprechen die Realitäten in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen deutlich für die Richtigkeit der Alternativtheorien, auf deren Grundlage die entsprechenden Prognosen gewagt wurden. Für diese Theorien spricht auch, daß einige der daraus entwickelten Vorschläge zur praktischen Politik, zu denen das Bürgergeldsystem und die Scheckprivatisierung sozialistischen Staatseigentums gehörten - sehr rasch Eingang in die öffentliche Diskussion und teilweise in die praktische Politik gefunden haben. (Bürgergeld und Scheckprivatisierung wurden erstmals ausführlich dargestellt in *Der lange Abschied vom Sozialismus*, 1990, und *Der Neue Sozialstaat*, 1992. Der Begriff Bürgergeld wurde in der nachfolgenden öffentlichen Diskussion auch auf ältere Konzepte der sog. negativen Einkommensteuer übertragen, denen andere, zum Teil gegensätzliche Problemdiagnosen und Zielsetzungen zugrunde lagen. Zur Klärung des Bürgergeldbegriffes s. auch "Die Logik des Bürgergeldes".)

In den folgenden Essays wird vor diesem theoretischen Hintergrund zunächst ein kritischer Rückblick auf die wissenschaftliche Ökonomie und ihre institutionellen Bedingungen geworfen. In den sozialstaats- und demokratietheoretischen Beiträgen werden dann die wichtigsten Bausteine einer umfassenderen sozioökonomischen Gesellschaftstheorie dargestellt, für die eine praxisrelevante ökonomische Analyse wichtige Zuarbeit zu leisten vermag. Hierauf aufbauend werden neue politische Verfahren und Staatsorgane skizziert, die im Mittelpunkt einer neuartigen Staatsverfassung stehen könnten. Hierzu gehören neben dem Bürgergeldsystem u.a. das Konzept der mehrspurigen Demokratie bzw. des Spartenstaates sowie neue Konzeptionen der Bürgerbeteiligung und der staatlichen Finanzordnung. In dem abschließenden Beitrag "Ökonomische Methodik und spekulativer Diskurs - zur Logik der Gesellschaftswissenschaften" werden schließlich noch einmal Methodenprobleme aufgegriffen, denen besondere Bedeutung für den Fortgang einer praxisbezogenen Gesellschaftstheorie zukommen dürfte.

Bei aller Vielfalt der gesellschaftlichen Problembereiche, um die es im folgenden gehen wird, kommen einigen wenigen Leitmotiven die Schlüsselrollen in den Diagnosen und den dargestellten Lösungsansätzen zu. Das erste dieser Leitmotive ist das Wettbewerbsparadigma. Der Wettbewerb wird in seiner Bedeutung als gesellschaftliches Korrektiv und eigenständiges Problemlösungsverfahren nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für

die Politik und Wissenschaft hervorgehoben. Dabei werden für Politik und Wissenschaft einige neue Möglichkeiten der Institutionalisierung des Wettbewerbs skizziert, und es wird dargestellt, wie der Wettbewerb auch in der Wirtschaft noch konstruktiver zur Entfaltung gebracht werden kann.

Das zweite beherrschende Leitmotiv betrifft den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit in Form von Wohlstandsangleichung. Da der Wettbewerb immer gesellschaftliche Ungleichheiten hervorbringt - bzw. solche Ungleichheiten aufdeckt und in Wohlstandsdiskrepanzen umsetzt -, ist hiermit bereits das in diesem Zusammenhang relevante gesellschaftliche Spannungsfeld abgesteckt. Der ungleichmachende Wettbewerb ist als Garant des Wohlstandes und als gesellschaftliches Problemlösungsverfahren unentbehrlich, während andererseits der Anspruch auf Gleichheit der Lebensverhältnisse eine ebenso unangreifbare gesellschaftliche Realität ist. Daraus ergibt sich im politischen Raum das Solidaritätsproblem zwischen unterschiedlich wohlhabenden gesellschaftlichen Gruppen, Regionen und Staaten. In ganz ähnlicher Weise stellt sich das Solidaritätsproblem aber auch außerhalb der Politik in Unternehmen und in kleineren, nicht-staatlichen sozialen Einheiten. Dieses Problem wird daher in den folgenden Beiträgen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen behandelt, um den Konflikt zwischen Wettbewerb und Solidarität möglichst umfassend zu erklären und realistische Lösungsansätze aufzeigen zu können.

Im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Gleichheitsanspruch tritt dann ein weiteres Leitmotiv hinzu, nämlich dasjenige der Beherrschbarkeit der politischen Aufgabenstellungen. Dieses theoretische Leitmotiv ergibt sich aus der vielfältigen Erfahrung des Scheiterns überkomplexer politischer Problemlösungsversuche. Auf die komplizierter werdenden gesellschaftlichen Bedingungen in der Lebens- und Arbeitswelt wurde in der Vergangenheit mit immer komplizierteren gesellschaftlichen Regeln und Rahmenbedingungen reagiert. Die zunehmende Unüberschaubarkeit dieser Regeln hatte zur Folge, dass immer mehr gesellschaftliche Komplikationen sich bei näherem Hinsehen als ungeplante Folgen vorangegangener politischer Problemlösungsversuche erwiesen. Dieser Eskalation gesellschaftlicher Komplikationen kann der Staat nur entgehen, wenn er für alte und neue Probleme einfachere, beherrschbarere Regeln und Institutionen schafft. Er muß sich dem durchschnittlichen Bürger durchschaubarer zeigen, und er muß seine Aufgaben so definieren, daß mittelmäßige Mandats- und Amtsträger ihnen gewachsen bleiben. Aus dem Beherrschbarkeitsproblem ergibt sich damit für die ordnungspolitische

sich damit für die ordnungspolitische Praxis die Forderung nach einer neuen Transparenz und Simplizität von Staat und Politik.

Eine zeitgemäße Gesellschaftstheorie muß diese drei Leitmotive, das Wettbewerbsparadigma, das Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsparadigma und das Paradigma der Beherrschbarkeit, gleichgewichtig behandeln und integrieren. Es nützt wenig, ein Wettbewerbsparadigma einseitig zu vertreten, das der Natur des Menschen als eines sozialen, solidarischen Wesens zu wenig Raum läßt. Ebenso geringen Nutzen stiftet ein Gerechtigkeitsparadigma, das den natürlichen menschlichen Wettbewerbsgeist außer Acht läßt und damit auch die Bedeutung des institutionalisierten Wettbewerbs für den Wohlstand und für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft unterschlägt. Solches einäugige Herangehen kann zwar die Unterlassungen und gesellschaftlichen Risiken, die mit der jeweils anderseitigen Einäugigkeit in Sachen Wettbewerb und Solidarität einhergehen, transparent machen; es kann aber keine politisch praktikablen Lösungswege weisen.

Auch die Transparenz - und damit die Beherrschbarkeit - gesellschaftlicher Risiken geht noch verloren, wenn eine detailbesessene Politik den Paradigmen von Wettbewerb und Gerechtigkeit einen überkomplexen Rahmen gibt. Daher müssen die wettbewerblichen Regeln ebenso klar und übersichtlich ausgestaltet werden, wie die praktischen Regeln der sozialen Gerechtigkeit durchschaubar und moralisch einsichtig bleiben müssen. Staat und Politik müssen sich also im Spannungsfeld von Wettbewerb und Gerechtigkeit mit relativ einfachen Normen und Handlungsanweisungen behaupten, statt sich immer tiefer im Dickicht wuchernder Detaillösungen zu verstricken. Dies gelingt nur, wenn zuvor relativ einfache theoretische Denkmuster gegen die reale Komplexität der Lebensverhältnisse gesetzt worden sind. Wo solche einfachen Denkmuster nicht verfügbar sind, gilt es, sie neu zu entwickeln.

Dem Gebot der ordnungspolitischen Transparenz und Simplizität gebührt der aktuelle Primat auch deswegen, weil es dem Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung, das im folgenden als viertes Leitmotiv im Mittelpunkt steht, unentbehrliche Dienste leistet. Mit der ausufernden Komplexität gesellschaftlichen Denkens und Handelns erstarrt die demokratische Selbstbestimmung immer mehr in inhaltsleerem Formalismus, und sie wird damit zum lästigen Ritual. Die Bürger verlieren die Übersicht über das Entscheidungsfeld, das sie mit ihrem demokratischen Eingriffsrecht zu gestalten haben, und ihnen kommt das Gefühl abhanden, als Wähler noch

ihre eigenen Angelegenheiten zu vertreten. So sind sie schließlich in ihrer Staatsbürgerrolle viel stärker von einem Gefühl der Entfremdung betroffen, als sie es vermutlich je in der Rolle als Arbeitskräfte der industriellen bzw. -postindustriellen Arbeitswelt waren.

Wo das öffentliche Denken und Handeln in Überkomplexität versinkt, entsteht nicht nur politisches Unbehagen, sondern wird auch die Weiterentwicklung des Prinzips der demokratischen Selbstbestimmung vereitelt. Wird dem Bürger kein überschaubares Feld der politischen Willensbildung und Entscheidung geboten, bleiben die gesellschaftlichen Orientierungsversuche auf vorgegebene Dogmen, auf festgeschriebene Verfassungsregeln, auf vorgegebene Staatsgrenzen und andere artifizielle Fixpunkte politischen Denkens und Handelns angewiesen. Wichtige gesellschaftliche Anliegen, zu denen u.a. der Wille oder Unwille zur staatlichen Zusammengehörigkeit gehört, bleiben der unmittelbaren demokratischen Regelung entzogen. Aber auch Fragen wie diejenige, in welcher Form eine Gesellschaft Solidarität zu üben und Wettbewerb zu veranstalten hat, entzieht sich in einem Umfeld überkomplexen Denkens und Handelns der wirkungsvollen demokratischen Gestaltung. Insofern sind die Prinzipien des Wettbewerbs, der Solidarität und der demokratischen Selbstbestimmung gleichermaßen auf das Prinzip der Simplizität und Transparenz angewiesen. Nur mit Hilfe relativ einfacher theoretischer Deutungsmuster kann es gelingen, Wettbewerb und Solidarität in ein Umfeld umfassender demokratischer Selbstbestimmung einzubetten.

Das Versäumnis der Ökonomie, hierzu nicht den notwendigen Beitrag geleistet zu haben, ist gravierend. Ökonomen haben entweder einseitig das Wettbewerbsparadigma vertreten, oder sie haben im Spannungsfeld zum Gerechtigkeitsparadigma nach Kompromissen gesucht, die letzten Endes in überkomplexen, in der Praxis unbeherrschbaren Handlungskonzepten mündeten. Wo also das Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit Eingang in ökonomisches Denken fand, fehlte das dritte, ebenso wichtige Leitmotiv der Beherrschbarkeit politischer Aufgabenstellungen.

Hieraus ist keineswegs die Schlußfolgerung zu ziehen, die herkömmliche ökonomische Analyse führe zwangsläufig in die Irre, und die herkömmliche ökonomische Begrifflichkeit sei ganz und gar entbehrlich. Eine solche Schlußfolgerung ließe aus dem aktuellen Elend der Ökonomie ein noch breiter gefächertes Elend der gesamten Staats- und Gesellschaftswissenschaften werden. Die Ökonomie verfügt durchaus über geeignete Mittel,

um sich aus ihrer eigenen Notlage zu befreien und insbesondere ihre wissenschaftliche Bringschuld gegenüber den Nachbardisziplinen besser zu erfüllen. In den Essays dieses Buches geht es daher unter anderem darum, die fortwährende Nützlichkeit einiger wichtiger ökonomischer Denkkategorien zu demonstrieren. Es kommt nur darauf an, diese Kategorien enger mit der gesellschaftlichen Realität und mit den Anliegen benachbarter Wissenschaften in Kontakt zu bringen.